

Redebeitrag „future! - die jugendpartei“ :: Stadtratssitzung am 15. März 2007

Aktuelle Debatte :: Rechtsextremismus in Magdeburg - Konsequenzen für die Stadt und ihre Bürger

„Ich halte den Führer nach wie vor für einen großen Staatsmann, vielleicht einen der größten, den wir je gehabt haben.“

Dies ist die Aussage des NPD-Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel aus dem Jahr 2005. Eine Aussage, die den größten und verlustreichsten Konflikt in der Menschheitsgeschichte, der ca. 60 Millionen Menschenleben forderte, in den Hintergrund treten lässt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann mir jedoch nicht vorstellen, dass sich 9,2% der Wähler in Sachsen im Jahr 2004 bewusst waren, dass sie damals mit ihrer Stimme auch diese Aussage gewählt haben.

Ich glaube auch nicht, dass 1998 die 13% der DVU Wähler unseres Bundeslandes sich in die Gruppe der Rechten einordnen lassen würden. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass im letzten Jahr die 360 Kinder und Jugendliche in einem Alter von bis zu 17 Jahre gewusst haben, welche Inhalte und welches Gedankengut sich hinter der Partei verbergen, für die sie sich im Rahmen der U18 Wahl entschieden haben.

Wie kommt es aber dann zu diesen Entscheidungen?

Die rechten Parteien haben es verstanden, die Unzufriedenheit, die Perspektivlosigkeit, vielleicht auch die Langeweile und der allgemeine (teilweise zu Recht vorhandene) Unmut gegen die etablierten Parteien für sich auszunutzen. Und hier sind vor allem Kinder und Jugendliche betroffen, eine Gruppe, die bisher noch nicht wirklich Zeit hatte, sich ernsthaft mit Politik und Demokratie, sowie die Inhalte der einzelnen Parteien auseinander zusetzen.

So verstehen es die rechten Parteien, ihre rassistische und gewaltverherrlichende Mentalität hinter dem Mantel einer Gemeinschaft,

die mit kostenlosen CDs und vielen gemeinsamen (Vereins-)aktivitäten wirbt, zu verstecken und sich in der Gesellschaft mit flachen Parolen, die direkt an Aversionen gegen etablierte Politik anknüpft, bekannt und beliebt zu machen.

Im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Inneren aus dem Jahr 2005 heißt es:

„Es wäre unzureichend, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nur auf repressive Maßnahmen zu setzen. Die Öffentlichkeit, insbesondere junge Menschen, muss im Umgang mit rechtsextremistischen Inhalten ausreichend sensibilisiert sein. Deshalb haben die geistig-politische Auseinandersetzung und die gesellschaftliche Aufklärung Vorrang.“

Was bedeutet das für unsere Stadt?

Schulen sollen für uns die Plattform sein, um mit Kindern und Jugendlichen Politik, Demokratie und damit auch die radikalen Gesinnungen einzelner Parteien zu diskutieren. Verbote bringen nichts, sie wecken nur das, was gezielt provoziert wird: Aufmerksamkeit und Medienpräsenz.

Wenn wir es schaffen, dass die Köpfe der Menschen keinen Nährboden mehr für rechte Gesinnung bieten, wenn die Menschen vom Kindesalter an begreifen, welche Auswirkungen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Verherrlichung und plumpe Parolen bedeuten, dann werden die wenigen, die dann noch radikal rebellieren wollen, schnell merken, dass sie unerwünscht sind.

Es ist an uns, Toleranz und Courage als wichtigste soziale Kompetenz unseren Kindern zu lehren. Aufklärungsarbeit an Schulen, wo sich Kinder aktiv beteiligen sollen, muss oberste Priorität werden. Auch in knappen Haushaltskassen sollte man an dieser Priorität festhalten und Bildung, soziale und kulturelle Bereiche nicht zu Lasten anderer, unserer Meinung nach unwichtigeren Vorhaben, einsparen.

Michael Stage

future! - die jugendpartei